

BREMEN

„Rot-Grün 2.0“

Der grüne Bundestagsabgeordnete Reinhard Loske, 48, der in einer künftigen SPD-geführten Bremer Koalition Umwelt- oder Bildungs-senator werden soll, sieht in der Regierungsbeteiligung seiner Partei keine Wiederbelebung des rot-grünen Projekts: „Das Modell von Gerhard Schröder und Joscha Fischer ist mausetot“, sagt Loske. Nach der Bundestags-



Loske

wahl 1998 sei die Zusammenarbeit der beiden Parteien „viel zu emotional“ abgelaufen. Die Grünen müssten vielmehr zu allen Volksparteien eine ausreichende Distanz wahren. Die angestrebte Koalition in Bremen solle deshalb auf eine sachliche und pragmatische Basis gestellt werden. Loske: „Ich würde das Rot-Grün 2.0 nennen.“ In den anstehenden Koalitionsverhandlungen mit den Sozialdemokraten seien vermutlich vor allem die geplante Vertiefung der Weser und der Bau eines Kohlekraftwerks strittig.

BUNDESREGIERUNG

Schlamperei im Kanzleramt?

Nach massiven Verfehlungen und mutmaßlichem Bilanzbetrug in der Bonner Kunst- und Ausstellungshalle gerät jetzt der Bundeskulturbeauftragte Bernd Neumann (CDU) in die Kritik.



Kunst- und Ausstellungshalle in Bonn

Der Rechnungshof hatte Mitte Mai große Unregelmäßigkeiten bei der Organisation von Freiluftkonzerten an der Kunsthalle angeprangert, die vom Bund getragen wird. Das entstandene Defizit bezifferte der Rechnungshof auf mindestens sechs Millionen Euro. „Das muss strafrechtliche Konsequenzen haben“, forderte der haushaltspolitische Sprecher der CDU, Steffen Kampeter, in der Sitzung des Haushaltsausschusses am Mitt-

woch. „Unfassbar“, kommentierte die SPD-Frau Petra Merkel.

„Es gibt viele Fragen an den Kulturbefragten“, zürnte die Liberale Ulrike Flach. Der Ausschuss beschloss einstimmig, dass nun nicht der Kulturbefragte rechtliche Schritte prüfen soll, sondern die Bundesregierung. Zuletzt hatte vor allem Neumanns Abteilungsleiter Hermann Schäfer schützend seine Hand über die Kunsthallen-Leitung gehalten. Als im Januar der Rechnungshof die Vorgänge längst untersuchte, lobte er den nun kurzerhand geschassten Geschäftsführer noch für sein „ideenreiches Regiment zwischen kaufmännischem Kalkül und rheinischer Gelassenheit“.

PARTEIENFINANZIERUNG

Hilfe von der bayerischen Schwester

Eine Millionen-Spende der CSU an ihre Schwesterpartei CDU offenbart rechtliche Lücken in dem komplizierten System der Parteienfinanzierung. Die bayerischen Christsozialen hatten den Christdemokraten im Jahre 2005 rund 2,3 Millionen Euro gespendet. Damit halfen sie der Schwesterpartei über

Verluste aus der hessischen Parteispendenaffäre hinweg, in deren Folge die CDU wegen falscher Rechenschaftsberichte 21 Millionen Euro aus der staatlichen Finanzierung zurückzahlen musste. Dieses Geld war danach auf die anderen Parteien im Bundestag verteilt worden. Die CSU erhielt aus diesem Topf exakt 2 334 526,62 Euro – genau jene Summe, die als Spende bei der CDU landete. Parteienfinanzierungs-Experten monieren schon seit langem die Intransparenz der Zuschussberechnungen.